

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

24.1.1929 (No. 20)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontaktoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Schutz der Reichsfarben

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags fand am Mittwoch eine größere Debatte bei dem § 165 statt, der Gefängnis- oder Geldstrafe vorsieht für die Beschimpfung der Reichs- oder Landesfarben und für die Verletzung von Hoheitszeichen.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Rosenfeld beklagte, daß die Reichspredigt wegen der Beschimpfung der Farben Schwarz-Rot-Gold häufig verlagere.

Der Abg. Emminger von der Bayerischen Volkspartei erkannte an, daß die Farben der Republik geschützt werden müßten, meinte aber, es müsse immer unterschieden werden, ob eine Beschimpfung der republikanischen Farben vorliege oder lediglich der Farben des Reichsbanners. Abg. Dr. Hanemann (Dnall.) sprach sich gegen die Strafbestimmung aus. Wenn der § 165 gerecht abgefaßt sein sollte, dann müsse er die Form haben, daß eine Gefängnisstrafe vorgesehe für die öffentliche Beschimpfung der Reichsfarben oder der Handelsflagge oder der Kriegsflagge oder Flagge der früheren deutschen Verfassung vom 1. April 1871.

Rechtsjustizminister Koch-Weser erklärte, daß er entschieden für die Aufrechterhaltung des strafrechtlichen Schutzes der Reichs- und Landesfarben eintrete. Er erachte es als seine Pflicht, etwaigen Fehlurteilen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Mit dem Oberreichsanwalt siehe er zu diesem Zwecke in ständiger Fühlung. Der Antrag, die alten Reichsfarben unter den Schutz des Strafrechts zu stellen, könne er nicht befürworten. Die alten Farben hätten als Symbol einer großen Vergangenheit gewiß Anspruch auf Achtung und Ehrfurcht; einen strafrechtlichen Schutz könne der Staat aber nur den Farben gewähren, die er sich zu seinen Hoheitszeichen erwählt habe. Ein praktisches Bedürfnis, der Handelsflagge die Reichsfarben gleichzustellen, sei nicht hervorgetreten.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) bezeichnete auch die Flagge Schwarz-Weiß-Rot, die nicht bloß die Flagge des Kaiserreichs, sondern ebenso die Fahne des deutschen Volkes gewesen sei, wie heute Schwarz-Rot-Gold, als des Schutzes bedürftig, und legte einen dementsprechenden Antrag vor, sprach sich aber zugleich für die Notwendigkeit, die gültige Reichsflagge zu schützen, aus. Abg. Jasp (D. Vp.) wollte auch die Farben der Handelsflagge geschützt haben.

In der Abstimmung wurden die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, ebenso der Antrag des Abg. Weill (Ztr.), mit 14 gegen 4 Stimmen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Demokraten. — Schließlich wurde § 165 in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Die Aufträge Aman Ullahs an europäische Firmen

W.D. London, 24. Jan. (Tel.) „Morning Post“ meldet aus Karachi: Englische und kontinentale Firmen und ihre Agenten, denen die bisherige afghanische Regierung vor dem Fall des Königs Aman Ullah große Bestellungen hatte zugehen lassen, sähen sich infolge der Revolution zahlreichen Schwierigkeiten gegenüber. Demnächst werde auch eine Schiffsladung von Schienen aus Deutschland erwartet, die König Aman Ullah zum Bau von Eisenbahnlinien in Afghanistan bestellt hatte.

Sensationelle Verhaftungen in Argentinien

W.D. Buenos Aires, 24. Jan. (Tel.) Wie „Nacion“ meldet, wurden durch die Polizei der Provinz San Juan der ehemalige Gouverneur dieser Provinz, Aldo Cantoni, der ehemalige Innenminister der Provinzialregierung, Domingo Signoli, und der Finanzminister Carlos Balenzuela verhaftet. — Es handelt sich hier um den bekannten argentinischen Politiker Senator Aldo Cantoni, der sich einer außerordentlichen Popularität erfreute, aber in eine politische Morbaffäre verwickelt ist, die seinerzeit großes Aufsehen erregte. Cantoni ist der große Gegner Frigoyens, der während der Präsidentschaftswahl eine führende Rolle spielte.

Die Bayerische Volkspartei gegen die Biersteuererhöhung. Die Beratungen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ergaben am Mittwoch eine einmütige Auffassung der Fraktion über den Ernst der Situation. Die Fraktion hält eine Erhöhung der Biersteuer und damit des Bierpreises für untragbar, und zwar aus politischen, wirtschaftlichen und insbesondere auch aus sozialen Gründen. Die Fraktion billigt die vom Reichspostminister Dr. Schädel im Kabinett zu diesem oder anderen Steuerprojekten eingenommene Haltung und behält sich die politischen Konsequenzen vor.

Die Spitzenverbände der Kranken- und Invalidenversicherung traten auf Einladung des Reichsverbandes der deutschen Landesversicherungsanstalten in Berlin zu einer Besprechung schwebender Fragen zusammen. Eine eingehende Aussprache ergab eine einmütige Auffassung, so daß auf wichtigen Gebieten der sozialen Fürsorge ein einheitliches Vorgehen, wie es im Interesse der Versicherten dringend notwendig ist, gewährleistet ist. Behandelt wurden u. a. die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und die Frage der Beteiligung an dem vom Deutschen Städtetag geplanten „Sozialen Woche“. Weitere Besprechungen wurden verabredet.

Aufhebung der Pferde- und Wagenmusterung im besetzten Gebiet. Die seit längerer Zeit zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und dem französischen Oberkommando schwebenden Verhandlungen über die Ordnungszug 64 (militärische Bestandaufnahmen) haben zu dem Ergebnis geführt, daß die von den Besatzungsbehörden fälschlich angeordneten Vorführungen und Musterungen von Pferden und Kraftfahrzeugen künftig unterbleiben.

Letzte Nachrichten

Reichstag und Deckungsfrage

M. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen sieht man jetzt der Erledigung des Etats und der Steuerfragen etwas optimistischer entgegen. Man glaubt vor allem, daß die Absicht einzelner Parteien, sich bei verschiedenen Steuern überstimmen zu lassen, um damit die Verantwortung abzulehnen, daran scheitern wird, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Steuervorlagen nicht getrennt einbringt, sondern in das Etatgesetz hineingearbeitet hat, so daß die Parteien nur den Etat annehmen können oder ablehnen. Diese Ablehnung ist aber zum mindesten für alle bürgerlichen Parteien außerordentlich schwierig und auch für die Sozialdemokraten diesmal untragbar, da der Etat von einem sozialdemokratischen Kanzler und einem sozialdemokratischen Finanzminister vorgelegt wird.

Senator Borah fordert die Räumung des Rheinlandes

W.D. Hamburg, 24. Jan. (Tel.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht ein Interview seines New-Yorker Vertreters mit dem Senator Borah. — Senator Borah bezeichnet darin die sofortige Räumung des Rheinlandes als einen für die Welterdung der Verhältnisse in Europa unbedingt notwendigen Schritt. Deutschland — so führte er aus — ist Mitglied des Völkerbunds. Es ist Signatarmacht des Locarnopaktes. Deutschland hat den Kelloggpaten gegen den Krieg unterzeichnet. Deutschland hat abgerüstet. Das deutsche Volk wünscht in Frieden zu leben. Die Belastung durch die Rheinlandsbefestigung macht es für Deutschland nur schwieriger, die Reparationslast abzutragen, und erschwert daher für die Gläubigerstaaten die Realisierung ihrer Forderungen. Von welchem Gesichtspunkt man die Frage auch betrachtet, ökonomisch, finanziell oder vom Standpunkt des Friedens aus: Es liegt im Interesse aller Nationen, daß diese Bürde, dieses Überbleibsel aus den Kriegstagen, hinter uns gebracht werde. Nichts ist mir bekannt, was innerhalb der Vereinigten Staaten eine glücklichere Wirkung auf die Gesamtlage ausüben würde als die Lösung dieses Problems.

Aus dem Reichstag

W.D. Berlin, 24. Jan. (Tel.) Der Reichstag versammelt sich heute nachmittag um 3 Uhr zu seiner ersten Plenarsitzung nach der Weihnachtspause. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand der Tagesordnung die Regelung der Reichsverhältnisse der Wartefahrtsbeamten. — Vor der Vollziehung halten die meisten Parteien Fraktionsberatungen ab.

Vor der Kammerdebatte über Elsaß-Lothringen

W.D. Paris, 24. Jan. (Tel.) Heute nachmittag beginnt in der Kammer die Interpellationsdebatte über die Politik der französischen Regierung im Elsaß und in Lothringen. 10 Abgeordnete verschiedener Fraktionen haben Interpellationen eingebracht, und für die Diskussion haben sich bereits 8 Abgeordnete eingeschrieben. Außerdem haben die neugewählten Abgeordneten von Colmar und Altkirch, Gauß und Schürmel, bekanntgegeben, daß sie im Laufe der Debatte ebenfalls die Absicht haben, das Wort zu ergreifen. Unter diesen Umständen sieht man, da Ministerpräsident Poincaré in einer längeren Rede beantwortet will, eine Debatte voraus, die etwa sechs Sitzungen umfassen wird.

Die Debatte wird bereits von einigen rechtsstehenden Blättern eingeleitet. „Echo de Paris“ und „Revue Parisien“ fordern gesetzliche Maßnahmen gegen die autonomistische Bewegung, und diesen Forderungen schließt sich auch das „Coty-Blatt „Gaulois“ an, das im übrigen seinen ganzen Artikel nur auf Deutschland abzielt und durch Auszüge aus deutschen Blättern zu beweisen sucht, daß Deutschland seine Hand bei der autonomistischen Bewegung im Spiele habe.

Kämpfe in Arabien

W.D. Adra, 24. Jan. (Meuterteleg.) Es liegen jetzt nähere Einzelheiten über einen am 21. Januar erfolgten Wahabitenangriff auf Koweit vor, wobei ein amerikanischer Missionar erschossen wurde. Eine Gruppe von ungefähr 150 Kameleibern griff die Koweitstämme an, fügte ihnen schwere Verluste zu und raubte Kamele, Schafe und anderes Weidenvieh. Die britischen Flugzeuge sind gestern durch ein weiteres Geschwader aus Bagdad verstärkt worden. Panzertruppen nehmen an der Grenzicherung teil.

Plünderung einer chinesischen Stadt

W.D. Schanghai, 24. Jan. (Tel.) Wie chinesische Blätter melden, haben 200 gutorganisierte und mit Flinten und Pistolen bewaffnete Kommunisten die Stadt Shwangging an der Mündung von Hangschau letzten Montag angegriffen. Sie bemächtigten sich zuerst der Polizeiwachen, dann plünderten sie die Stadt und setzten sie in Brand. 30 Einwohner wurden getötet, eine alte Frau wurde lebendig verbrannt, 70 Personen wurden verletzt. Eine Abteilung chinesischer Freiwilliger kam endlich der Stadt zu Hilfe. Ein Kampf mit Bomben und Maschinengewehren entspann sich, in dessen Verlauf 20 Kommunisten getötet wurden, bevor die Bande auseinandergepresst werden konnte. Die Kommunisten hatten überall Plakate angeschlagen, die die Einwohner aufforderten, ihre Schulden, ihre Abgaben und ihre Mieten nicht zu zahlen und die sowjetische Regierung zu unterstützen.

* Die Lehre von Afghanistan

Blinder Eifer schadet nur! Wir wissen nicht, ob dieses deutsche Sprichwort am früheren Hofe von Afghanistan bekannt war. Aber sicherlich gibt es im Bereich der islamischen Kultur Weisheitsprüche, die in ähnlicher Form die gleiche Lehre predigen. König Aman Ullah von Afghanistan hat sich leider nach ihnen nicht gerichtet. Sonst sähe er wohl noch heute auf seinem Thron.

Aman Ullah ist gestürzt worden, weil er mit seinen Reformen viel zu weit gegangen ist. Vielleicht hat ihn, als er von seiner Europareise zurückkehrte, das japanische Beispiel vorgeschwebt, und er hat gemeint, sein Volk im Handumdrehen an die europäische Zivilisation anpassen zu können, um mit den Errungenschaften dieser Zivilisation Afghanistan reich und mächtig zu machen. Wenn er sich von diesem Beispiel bestimmen ließ, dann hat er zwei Tatsachen übersehen: erstens, daß das japanische Volk durch zwei eiserne Klammern zusammengehalten wurde, sein hochentwickeltes Nationalgefühl und den Glauben an das einigende Band des Kaiserturns, und zweitens, daß man es in Japan grundsätzlich vermieden hat, die europäische Beeinflussung auch auf das kulturelle und religiöse Gebiet auszudehnen. Die religiösen Auseinandersetzungen der japanischen Periode Meiji waren eine rein interne Angelegenheit Japans, sie bezweckten die Erhebung des Schintoismus zur Staatsreligion und die Zurückdrängung des Buddhismus zum Staatsreligion und die Zurückdrängung des Buddhismus in die zweite Linie. Damit war übrigens eine Ausrottung oder Verdrängung des Buddhismus nicht verbunden. Wohl ist der Schintoismus heute Staatsreligion, aber neben ihm herrscht in faktischer Gleichberechtigung der Buddhismus nach wie vor fort, zumal er es verstanden hat, Brücken von der einen Religion zur andern zu schlagen, und zwar vor allem in der Weise, daß die Schintogötter ins buddhistische Pantheon aufgenommen wurden.

Jedenfalls hat in Japan niemand daran gedacht, europäische Anschauungen auf das Religionsleben aufzupropfen. Ganz anders in Afghanistan. Hier bezog sich ein großer Teil der Reformen des Königs auf das Religiöse, und ganz bewußt richteten sich die Reformen gegen die Mullahs, die mohamedanische Priesterkastei. Die Reaktion blieb nicht aus, und sie wurde dem König verhängnisvoll, weil sie sich verband mit dem unruhigen Selbstständigkeitsstreben einzelner Stämme, die aus diesen oder jenen Gründen mit dem König und seinem Regiment nicht zufrieden waren.

Aman Ullah hatte nicht bedacht, daß die Afghanen noch lange nicht zu einem einheitlichen Staatsvolk zusammengeschmolzen sind, daß seine eigene Königsmacht nur auf einzelnen und, wie sich gezeigt hat, nicht sehr festen Pfeilern ruhte. Wäre er vorsichtig und schrittweise mit seinen Reformen vorgegangen, so hätte er vielleicht mit der Zeit bessere Erfolge erzielen können.

Das Schlimmste aber war wohl, daß er die außenpolitischen Folgen seiner Reformen absolut nicht vorausgesehen hat. Er mußte wissen und stets daran denken, daß Afghanistan seine Selbstständigkeit nicht nur dem Unabhängigkeitsdrang der Afghanen und der Unzugänglichkeit ihrer Berge, sondern ebensosehr der Rivalität zwischen England und Rußland verdankte. Das berühmte Buch von Lawrence über den Aufstand in Arabien hat der Öffentlichkeit gezeigt, wie die Engländer es machen, wenn sie in Asien das Gebäude einer legalen Herrschaft unterminieren wollen.

Nicht umsonst wurde gemeldet, daß Lawrence auch bei den Vorgängen in Afghanistan seine Hand im Spiele gehabt hat. Natürlich ist das alsbald dementiert worden. Aber auf den Kundigen wird das nur geringen Eindruck machen, zumal die weiteren Geschehnisse in Kabul das Spiel ja deutlich genug enthüllen: ein Prätendent nach dem andern tritt auf, einer nach dem andern wird gestürzt, und schließlich ist die Situation so weit gediehen, daß England als „Friedensstifter“, das heißt als Eroberer in strenger oder milder Form auftreten kann. Es ist die alte römische Imperialpolitik des „Divide et impera“.

Möglich ist es ja, daß Aman Ullah doch noch Anhänger und Einsichtige genug findet, um mit Zähigkeit und Besonnenheit das zurückzugewinnen, was er verloren hat. Möglich wäre es, daß die von England drohende Gefahr auf das Unabhängigkeitsgefühl der Afghanen befördernd einwirkt und Einigungen zustande bringt, mit denen bisher nicht zu rechnen war.

Die finanziellen Streitfragen zwischen Reich und Ländern

Am morgigen Freitag wird in Berlin eine Konferenz des Reichsfinanzministers mit Vertretern mehrerer Länder stattfinden. Eingeladen sind die Ministerpräsidenten und Finanzminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin. Es handelt sich nicht um eine Konferenz, die zu einem abschließenden Ergebnis führen soll, sondern nur um Vorbesprechungen, die nicht nur die Eisenbahnforderungen der Länder, sondern alle zwischen dem Reich und den genannten Ländern schwebenden finanziellen Streitfragen zum Gegenstand haben sollen.

Die 49prozentige Regierung

Über die Notwendigkeit, der Reichsregierung eine feste Basis zu geben, schreibt Reichsminister Severing in einer sozialistischen Zeitschrift u. a.:

Man hat den heutigen Zustand der 49proz. Koalition schon häufig damit zu beschönigen versucht, daß die Regierung ja arbeiten könne in dem sicheren Bewußtsein, von den Parteien ihrer Mitglieder kein Mißtrauensvotum zu erhalten. In diesem Zustand könnte man, ohne die Interessen des Reiches zu gefährden, in normalen Zeiten vielleicht die Geschäfte führen, also verwalten. In einem Zeitabschnitt aber, in dem jeder Tag zu geschäftlichen Reichen drängt, ist dieser Zustand eine Gefahr für das Ansehen des Parlamentarismus und damit für den Parlamentarismus selbst. Eine Koalition, in der alle Parteien der Regierung gegenüber freie Hand behalten wollen, ist keine Koalition. Und eine Regierung, die ihre Gesetze nicht mit einer sicheren Mehrheit durchführen kann, ist keine Koalitionsregierung und wird sich auf die Dauer ebensowohl in ihrer Initiative gehemmt fühlen wie der einzelne Minister. Und darum ist die Forderung, die Große Koalition zu schaffen, nichts anderes als die Forderung, einen Zustand zu beseitigen, der, je länger er andauert, um so stärker die Gefahren vermehrt, die in der Verumpfung unseres politischen Lebens liegen.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft zu den Steuerplänen

Die Spitzenverbände der Wirtschaft, nämlich der Reichsverband der Industrie, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und die entsprechenden übrigen Verbände der Industrie, des Groß-, Übersee- und Einzelhandels und des Versicherungsgewerbes, geben eine von diesen Spitzenverbänden zu den Steuererhöhungsansprüchen der Reichsregierung und zu dem Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes gefaßte Entschließung bekannt, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß die beteiligten Verbände schon seit Jahren auf die der Kapitalbildung aus dem drückenden Steuerlasten erwachsenden Gefahren aufmerksam gemacht haben, und folgende Forderung aufgestellt wird: Wir verlangen unter schärfster Ablehnung jeder Steuererhöhung, daß der Ausgleich des Haushalts 1929 durch weitere Ausgabenbeschränkungen herbeigeführt wird.

Weiter erklärt die Entschließung, daß die Spitzenverbände an ihrer Forderung der Steuervereinfachung und Steuervereinfachung insbesondere auf dem Gebiete der Realsteuern festhalten, jedoch den vorliegenden Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes verwerfen, da er der von der Wirtschaft von der Steuervereinfachung erstrebten Steuerentlastung nicht dienen könne, sondern im Gegenteil gerade zu einer Verstärkung des Steuerdrucks verleite.

Schließlich stellt die Entschließung die Forderung auf, daß nicht allein die zahlreich in dem Gesetzentwurf enthaltenen Bevorzugungen verbodener Betriebe der öffentlichen Hand beseitigt, sondern auch, daß die bestehenden Reichsteuergesetze nach dieser Richtung einer Revision unterzogen werden. Es sei ein Widerstreit, daß die private Wirtschaft mit Steuern bis an die Grenze des Möglichen belastet wird, und gleichzeitig Organisationen von der Steuer befreit werden, die die wirtschaftliche Freiheit und die Fähigkeit zur Aufbringung von Steuern der Privatwirtschaft untergraben.

Einführung von Rückstrahlen an Fahrrädern in Preußen. Um im Interesse der Verkehrssicherheit Radfahrer bei Dunkelheit dem Führer eines nachfolgenden Kraftfahrzeuges rechtzeitig kenntlich zu machen, ist in Preußen angeordnet worden, daß Radfahrer auch mit einem Rückstrahler, der einfallende Lichtstrahlen in gelben oder roten Licht zurückwirft, zu versehen sind. Um der Rückstrahler herstellenden Industrie und den Radfahrern eine Übergangszeit zuzubilligen, wird diese Verordnung erst am 1. April in Kraft treten. Ungeeignete Rückstrahler sind möglichst bald aus dem Verkehr zu ziehen.

Ausstellung im Kunstverein Karlsruhe

Die neue Ausstellung wird eingeleitet durch eine sehr gewählte Kollektion moderner Graphik, die aus Privatbesitz zur Verfügung gestellt wurde. Es sind die bekanntesten deutschen Künstler — Corinth, Liebermann, Seiboldt, Meiß, Käthe Kollwitz, Thoma, Voelke, Barlach u. a. m. — von denen man Einzelblätter in besonders guten Reproduktionsqualitäten bewundern darf. Die Karlsruher Künstler treten hierbei zurück, stellen aber dafür die Jahresmappe 1928 des Vereins für Originalradierung (Karlsruhe) aus. Es ist begrüßenswert, daß diese Tradition nach langer Pause wieder aufgenommen wurde, und zu hoffen, daß die Höhe dieser Tradition weiterhin gehalten wird, denn Karlsruhe war einmal und nicht zuletzt durch die Tätigkeit des Vereins für Originalradierung künstlerisches Zentrum im Gebiet der deutschen Graphik. Die neue, sicher bald vergriffene Mappe, an der Haußmann, Goss, Gustav Wolf, Württemberg, Goss, Martin, Schweizer und Kowitz mitgewirkt haben, wird der Vereinigung manche Freunde gewinnen, denn man fühlt, daß etwas Ernstes gemollt wird.

Professor Fritz Rhein, Paris, der die Langwand des Hauptsaales beherrscht, ist ein Künstler, bei dem das Geschmädliche in gutem Sinn die zurückhaltende und soignierte Malerei beeinflusst. Der impressionistische Eindruck ist bestimmend, er wird mit Feinheit moduliert, bleibt jedoch bei dieser Modulation stehen, für die jenes Geschmädliche gelegentlich als Deckung für leere Stellen benötigt wird. Walter Rath, Godesberg, kommt von einer anderen, dekorativ mitbestimmten Richtung, will unmittelbar wirken, aber seine Unmittelbarkeit scheint viel Unsicherheit zu enthalten. Es handelt sich nicht um eine oder andere kompositionelle Künstlichkeit, nicht um eine malerische Schöpfkraft, sondern um die geistige Pafis, deren Formulierungen der eigenen Entwicklung voraus-eilen. Schließlich Hermann Kupferschmid, der mit Bildern und einer Serie seiner großen Radierungen anerkannter Wert gut vertreten ist. Von den weiteren Ausstellern wollen wir Wilhelm Winkler, Hans Dacklinger und Heinrich Loffen wenigstens anführen.

Dr. Martin.

Ernst Wend f. Der Berliner Bildhauer Ernst Wend ist an Herzschlag gestorben. Wend hat zahlreiche Werke geschaffen, die u. a. an öffentlichen Plätzen Berlins aufgestellt sind. Auch die Nationalgalerie besitzt eine Schöpfung von ihm. Dem Künstler, der im 64. Lebensjahr stand, war 1917 der Professortitel verliehen worden.

Der Kanaltunnel

Der französische Botschafter in London hielt dort auf einem Essen eine Rede, in der er mitteilte, die französische Regierung sei bereit, die Frage des Kanaltunnels in die Hand zu nehmen, sobald die britische Regierung ihre Bereitschaft dazu erklärt. Sir Robert Dorne antwortete ihm, es stehe außer Zweifel, daß ein Kanaltunnel den Verkehr zwischen England und Frankreich ungeheuer steigern würde. Das militärische Problem habe sich infolge der im Kriege gemachten Erfahrungen völlig geändert. Die Befürchtungen des englischen Reichsverteidigungsausschusses hätten nicht mehr das frühere Gewicht. — Im englischen Unterhaus hat dieser Tage der Premierminister Baldwin erklärt, daß die Zeit für den Bau reif sei.

Ein neuer Tarifvertrag im Saarbergbau, der am 1. Februar 1929 in Kraft tritt, wurde abgeschlossen. Der Mindestlohn der Gebirgsarbeiter wird um 2,37 Franken, der Durchschnittslohn um 1,37 Franken aufbessert. Auch die Schichtlöhne werden weiter erhöht. Wesentlich ist, daß im Gesamtlöhne der Gebirgsarbeiter ein fester Lohnbetrag von 10 Franken enthalten ist, der die große Lohnspanne vermindert, die die von der Bergwerksdirektion beabsichtigte Lohnregelung mit sich gebracht hätte.

Ein Reichsbahnrat wegen Betrugs verurteilt. In zweitägiger Verhandlung hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht Dresden der Reichsbahnrat Nicolai, Reichsbahnobersekretär Rieweg und Ingenieur Schmidchen wegen Antreue, Aktiver und passiver Betrugung bzw. Beihilfe zu verantworten. Es handelte sich dabei um die Annahme von Eigengeschäften durch Reichsbahnbeamte, die bereits in Berlin zu dem Prozeß gegen Oberbaurat Schulze geführt hatten. Das Gericht verurteilte Nicolai wegen Betrugs in Tateinheit mit Antreue zu sieben Monaten Gefängnis. Rieweg und Schmidchen wurden freigesprochen.

Der Kampf um die Prohibition in Amerika. Der amerikanische Senat bewilligte außer den 13½ im Vorschlag enthaltenen Millionen Dollars mit 50 gegen 27 Stimmen eine Summe von 24 Millionen Dollars zur Verstärkung der Prohibition während des mit Juni 1930 zu Ende gehenden Jahres. Der Gesetzentwurf muß noch vom Abgeordnetenhause angenommen werden. Der Schatzsekretär hatte sich gegen die Bewilligung dieser Summe mit der Begründung ausgesprochen, daß Geld nicht notwendig sei.

Amman Allahs Widerruf bestritten. Die afghanische Gesandtschaft in Berlin bestritt durch eine Erklärung die Meldung, daß König Amman Allah seine Abtunung zugunsten seines Bruders offiziell widerrufen hat. Sämtliche Gouverneure der Provinzen Nefar-e-Scherif, Herat, Kandahar und anderer Provinzen haben ihre Treue und Anhänglichkeit beteuert. Es werden in Kandahar mit allem Eifer unter persönlicher Leitung des Königs Amman Allah Vorbereitungen für die Wiedereroberung Kabuls getroffen.

Kurze Nachrichten

Die sächsisch-thüringischen Webereibetriebe werden voraussichtlich am kommenden Freitag geschlossen werden; von dieser Aussperrung werden etwa 35 000 Arbeiter betroffen.

Eine neue Strafmaßnahme gegen Baron Born von Sulach. Dem „Tempo“ wird aus Straßburg gemeldet, daß gegen Baron Klaus Born von Sulach ein Strafprotokoll aufgenommen worden sei, weil er trotz Verurteilung sich nicht mehr mit politischer Agitation zu beschäftigen, auf eine sehr heftige Sprache führe und alle seine Gegner, einschließlich seines Bruders, als „Voches“ bezeichne.

Zur Genesung des englischen Königs. Nach einer Londoner amtlichen Mitteilung wird der König seinen Erholungs-aufenthalt in Woburn (Grafschaft Suffolk) nehmen. Über den Zeitpunkt seiner Abreise sind indes noch keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Zeitungsverbot in Jugoslawien. Wie aus Belgrad gemeldet wird, wurde das Weitererschienen des „Marodni Bal“, des Organs der aufgelösten kroatischen Bauernpartei, verboten, da das Blatt im Laufe eines Monats mehr als dreimal konfisziert war, was nach dem Gesetz das Verbot des Erscheinens zur Folge hat.

Verurteilung von Börsenmaklern in Rom. Börsenmakler, die vor etwa drei Wochen in Rom unter der Beschuldigung verhaftet wurden, gewisse Staatsmittel, besonders die Likoren-anleihe, schlecht beurteilt zu haben, wurden zu Gefängnisstrafen von vier bis zehn Monaten verurteilt.

Aufhebung eines trochitzischen Geheimbundes. Wie die Moskauer Blätter berichten, ist ein trochitzischer Geheimbund, der sich in antisowjetischem Sinne betätigte, aufgehoben worden. 150 Personen wurden verhaftet.

Ein neuer japanisch-chinesischer Zwischenfall hat sich in Shanghai ereignet. Japanische Truppen verhafteten fünf Chinesen, die sich an Bord eines Dampfers gesellen hatten, um die Küste zu veranlassen, die Ladung des Schiffes nicht zu löschen. Es soll sich um Spionage handeln, und offizielle chinesische Kreise sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Neue Kämpfe in Mexiko. Bei einem vierstündigen Gefecht zwischen Truppen und Aufständischen in der Nähe von Laque-mada wurden zehn Aufständische getötet und zwei Soldaten verwundet. Drei andere Aufständischengruppen wurden in verschiedenen Teilen Jalisco verstreut.

Kleine Chronik

In Berlin-Nordend spielte sich Mittwochabend wieder ein Überfall eines Verbrechervers auf eine Gastwirtschaft ab. Zum Glück war sofort ein größeres Polizeiausgebot zur Stelle, so daß es zu ernstlichen Ausschreitungen nicht kam.

Die gesamte Mannschaft des schiffbrüchigen italienischen Dampfers „Florida“ ist durch den Dampfer „America“ gerettet worden.

In Soratzberg wurden fünf Eskimofahrer von einer Lawine verschüttet. Ein Herr und eine Dame konnten nur als Leichen geborgen werden.

Das Zentralhaus der Kunst in Moskau ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden, wobei Skulpturen und künstlerische Dekorationen verbrannten. Die Gemälde bedeutender russischer Künstler konnten gerettet werden.

Ein mit zwei Passagieren aus Tunis gefommenes Wasserflugzeug stürzte ab, als es in den Hafen von Antibes niedergehen wollte. Die beiden Passagiere wurden getötet.

Der Direktor und mehrere Beamte der Spanischen Spatheisenbahn in Madrid wurden unter der Beschuldigung, Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, verhaftet.

Die Tätigkeit des Vulkanes Krakatau hat noch zugenommen. Aus dem Meer heraus hat sich neuerdings wiederum ein Vulkan erhoben.

Auf dem Magdalenaestrom (Kolumbien) ist ein Flusddampfer infolge einer Kesselexplosion gesunken. 20 Personen dürften dabei umgekommen sein.

Badischer Teil

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 24. Jan.

Zu Beginn der Sitzung verliest Präsident Dr. Baumgartner die Eingänge, darunter bereits bekannte Interpellationen und Anträge. Neu ist ein Antrag Großhans (Soz.) über Änderung der Handelsbetriebe mit der Schwabinger sowie ein Antrag Klüber (Wirtschpt.) betr. Rentabilität der Landwirtschaft durch Jollerhöhung.

Der interfraktionelle Ausschuss für Leibbesitzungen und Jugendpflege hat sich gebildet und den Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) zum Vorsitzenden gewählt.

Zunächst kommen kurze Anfragen der Kommunisten lokaler Natur zur Erledigung. Auf die kurze Anfrage des Abg. Weinmann (Ztr.) betr. die Notlage der badischen Tabakpflanzer, hat die Regierung geantwortet, daß sie bereit sei, alle Bestrebungen zu unterstützen, die der Debung des Absatzes dienen.

Die Tarifgestaltung der Reichsbahn

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Seuberl (Ztr.) eine förmliche Anfrage seiner Fraktion des Inhalts: Ist der Regierung bekannt, daß die Reichsbahnverwaltung durch ihre Tarifgestaltung, insbesondere durch die Gestaltung des Kohlenumschlagtarifs, die oberbadische Industrie schwer schädigt?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesem Mißstand abzuhelfen?

Der Redner behandelt in eingehender Kritik unter Anführung eines reichen Zahlenmaterials die gesamte Tarifpolitik der Reichsbahn, die die Entwicklung der oberbadischen Industrie in hohem Maße hemmt.

In Beantwortung der Interpellation erklärt Ministerialrat Seeger vom Finanzministerium: Die Tatsache, daß sich die Öffentlichkeit dauernd mit der Frage der Gütertarife beschäftigt, beweise, welche Bedeutung dem § 22 des Eisenbahnstaatsvertrages zukomme. Sie zeige aber auch, daß die berechtigten Wünsche der badischen Wirtschaft trotz der Bemühungen von Regierung und Interessensvertretungen bis jetzt keine Erfüllung gefunden haben. In der ersten Zeit seit Einführung der Staffeltarife (1. Dez. 1920) seien im allgemeinen wenig Klagen zutage getreten. Die Regierung werde auf Grund der Erfahrungen verschiedener Handelskammern usw. von der Tatsache ausgehen müssen, daß hinsichtlich der Gestaltung des Normalgütertarifs die Wünsche der badischen Industrie nicht ganz gleich sind. Mannheim habe ein Interesse an der Beseitigung des Staffeltarifs; auch die Rhein-schiffahrt sei gegen den Staffeltarif eingestellt, da ihr dadurch große Gütermengen entzogen worden seien. In der oberbadischen Industrie dagegen bestehe ein erhebliches Interesse, daß das System des Staffeltarifs auf weite Entfernungen erhalten bleibe. Für die badische Regierung bleibe die Aufgabe, in Abwägung aller Umstände einen ausgleichenden Standpunkt einzunehmen, in dem Sinne, daß das badische Wirtschaftsleben im ganzen genommen ein Interesse daran hat, daß der Staffeltarif erhalten bleibt, daß die Frachttarife für nahe Entfernungen eine Absenkung erfahren und die Wasserumschlagstarife zweckmäßig geändert werden. Die Regierung wird in dieser Richtung erneut mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ins Benehmen treten auf der Basis, wie sie in einer neuerlichen Studie der Handelskammer Lehr festgelegt ist, der auch andere Handelskammern beigegeben sind. Die Regierung wird nicht versäumen, in bezug auf die Tarifgestaltung entsprechend dem § 22 des Staatsvertrages die Interessen der badischen Wirtschaft zu vertreten. Sie steht auf dem Boden der Tarif-gerechtigkeit für alle Wirtschaftskreise. Der Wirtschaft im Grenzlande Baden könne nicht zugemutet werden, die Lasten aus der Begünstigung anderer Kreise zu tragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es entspringt sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Besprechung der Interpellation mit jener betr. die Beseitigung der Verwaltungsverhältnisse bei der Reichsbahn verbunden werden soll. Man entschied sich für getrennte Aussprache.

Der sozialdemokratische Abg. Trumppfeller unterstützt den Standpunkt der Regierung, wobei er u. a. darauf hinweist, in welcher trostlosen Lage sich die Güter Mannheim und Keßl befänden. Der Redner betont, daß beim Besuche des Staatspräsidenten in Mannheim keine Vertreter der Arbeiterschaft zugegen waren; sie hätten gewiß die beweglichen Klagen des Handelskammerpräsidenten unterstützt. Das durch die neue Grenzziehung schwer benachteiligte Baden müsse fordern, daß seine Belange mehr wie früher berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) führt aus, Eisenbahnen und Wasserstraßen müßten sich ergänzen. Baden habe einen Rechtsanspruch auf Rücksichtnahme und könne gegen den Standpunkt der Reichsbahnverwaltung auch volkswirtschaftliche Gründe ins Feld führen. Unter allen Umständen müsse eine Korrektur der Umschlagstarife eintreten. Wir wehren uns dagegen, daß man uns wirtschaftlich und kulturell die Kehle aufhängt.

Abg. Dr. Matthes (D. Vpt.) bezeichnet es als ein großes Verdienst, daß sich die Handelskammer Lehr durch ihre Denkschrift um das badische Wirtschaftsleben erworben hat. Baden könne eine Schonung seiner besonderen Verhältnisse verlangen. Es wäre zu bedauern, wenn auf dem Rhein die deutsche Flagge zurückgedrängt würde, wie es auch unerwünscht wäre, wenn der Fehler Hofen immer mehr zuzunehmen. Auch an diese allgemeinen politischen Gesichtspunkte sollte die Reichsbahn denken. Der Grund aller Klagen läge darin, daß man das frühere Spannungsverhältnis nicht berücksichtigt hat. Die Staffeltarife müßten ausgebaut werden.

Abg. Habermehl (Dnt.) stellt sich für seine Fraktion rückhaltlos auf dem Boden der Regierungserklärung. Es handle sich hier um eine rein wirtschaftliche Frage. Die erschütternden Zahlen über die Lage der badischen Wirtschaft zeigen, daß gewisse Industriezweige nicht mehr in der Lage seien, mit Mitteldeutschland zu konkurrieren. Wir müssen erklären, daß wir uns in Zukunft eine derart ungünstige Tarifgestaltung nicht mehr gefallen lassen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) weist darauf hin, daß sich die außerbudgetäre Stellung der Reichsbahngesellschaft nicht zum Segen unseres Landes ausgewirkt habe. Die Häfen von Mannheim und Keßl sind leer dank der ungerechten Tarifgestaltung. Wir haben feinerzeit ein gutes, ansagegemäßes Bahnnetz übergeben und dennoch nicht die Rechte erhalten, die uns auf Grund des Staatsvertrages zustehen. Die Not des Grenzlandes muß bis nach Berlin auch zum Verwaltungsrat der Reichsbahn dringen.

Abg. Klüber (Wirtschpt.) unterstützt die Bestrebungen zur besseren Gestaltung der Tarife, speziell im Hinblick auf die Belange der Landwirtschaft.

Abg. Heymann (Komm.) sieht das Übel in der Konzernbildung.

Abg. Duffner (Ztr.) weist darauf hin, wie schwer die badische Waldwirtschaft und Holzindustrie unter der jetzigen Tarifgestaltung leiden. Abgesehen davon, daß man bedeutende Absatzgebiete im Westen verloren habe, könnten Holzger aus dem deutschen Osten heute billiger geliefert werden, als

aus Baden. Man gönne Ostpreußen und Schlesien die Reichshilfe, hätte aber erwartet, daß man auch jenem Grenzlande Verständnis entgegenbringt. Man werde dazu kommen müssen, durch Einführung besonderer Notausnahmetarife für Baden einen Ausgleich zu schaffen, etwa durch eine Südwesthilfe, ähnlich der Osthilfe.

Danach nimmt

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort. Er führt aus: Es ist Aufgabe der Regierung, auf eine ausgleichende Verständigung hinzuwirken. Es gilt zunächst, die örtlich verschiedenen badischen Interessen auszugleichen. Die badische Wirtschaft hat die Notwendigkeit dieses Ausgleichs anerkannt. Weiter kommt in Frage der Ausgleich zwischen Bahn und Schifffahrt, der schwer fällt. In Mannheim hat man vom wirtschaftlichen Zentralismus gesprochen. Die dortige Aussprache hat mich mit tiefer Sorge erfüllt; sie gab teilweise ein recht erschütterndes Bild. Ich verhandle als Finanzminister schon seit zwei Jahren mit Berlin und habe den Eindruck: In mündlichen Verhandlungen stellt man Möglichkeiten in Aussicht; ist man zu Hause, kommt es anders.

Es ist, so erklärt der Staatspräsident, meine feste Überzeugung, daß Berlin kein Verständnis für die Peripherie hat. Dabei scheint es gleich zu sein, ob man von Berliner Politik oder Wirtschaft spricht. Wir stellen die Forderung auf gleichmäßige Behandlung aller Teile des Deutschen Reiches, wir wollen keine Bevorzugung, sondern nur Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die positive Forderung der Beseitigung der Schäden, die dadurch entstanden sind, daß wir ein Grenzland wurden. Das hat aber nicht das badische Volk allein, das hat das ganze deutsche Volk zu regeln.

Da wo wir Verträge haben, müssen wir von den Verträgen ausgehen und das Vertragsrecht betonen. Es ist auf Württemberg und Bayern verwiesen worden. Dort sind die Verträge loyal und günstigsten angewendet worden als bei uns (Baden). Württemberg hat den Staatsvertrag nicht unterzeichnet, hat aber einen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Bayern hat drei Vertreter und Preußen mindestens sieben. Wenn wir nicht in den Verwaltungsrat hineinkommen, dann nützen all unsere Beschlüsse nichts. Wir fordern darum die Vertretung im entscheidenden Ausschuss, nicht etwa nur eine beratende Rolle. Unser Vertragsrecht bezieht sich einmal auf die Befehle im Verwaltungsrat, dann auf eine lokale Auslegung des sachlichen Inhalts. Zu denken ist auch an die Frage der Beschaffungsaufträge für Lokomotiven usw. Der Staatspräsident schloß: Ich halte an den Verträgen fest, nicht stark, sondern mit dem Willen zur Verständigung, sofern sich der Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen. Aber ausschalten lasse ich mich nicht. (Zustimmung.)

Die Abgeordneten Dr. Mattes und Seubert haben Einzelwünsche vorgetragen, die schon immer Gegenstand unserer Prüfung waren.

Abg. Seubert (Ztr.) stellt am Schluß der Besprechung eine gute Aufnahme der Interpellation und erfreuliche Übereinstimmung des Hauses fest.

Eingegangen ist folgender Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten:

„Der Landtag billigt den Standpunkt der Regierung zur förmlichen Anfrage der Abg. Seubert u. Gen. und ersucht die Regierung, auch weiter die badischen Interessen entschieden zu wahren.“

Der Antrag wird angenommen; die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Abg. Dr. Schöper (Ztr.) begründet sodann die Interpellation seiner Fraktion über

Die Befreiung der Verwaltungsstellen bei der Reichsbahn.

Nächste Sitzung nachm. 4 Uhr.
Schluß 1/2 Uhr.

Der interfraktionelle Ausschuss für Leibesübungen und Jugenpflege

hat sich gebildet. Es gehören ihm an: die Abg. Kühn (Ztr.), Großhans (Sozdem.), Lang (D. Nl.), Wilfer (D. Nl.), Dr. Wolfhard (Dem.), Heymann (Komm.) und Klüber (Wirtschaftspartei). Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) gewählt.

Baden im Vorbericht der deutschen Reichsbahnverwaltung für 1928/29

Die Deutsche Reichsbahnverwaltung hat erstmals eine Art Vorbericht für die Ergebnisse des Rechnungsjahres 1928/29 herausgegeben. Dieser Vorbericht enthält auch wichtige Mitteilungen über die bis Ende 1928 auf dem Gebiete der Bahn- und Bahnhofs- und Neubauten, der Elektrifizierung u. a. erzielten Fortschritte. Was die Elektrifizierung anbelangt, so wurden nach diesem Vorbericht neu in Betrieb genommen im Reich an Fernbahntrecken 171, so daß Ende 1928 im ganzen 1287 Kilometer — 2,9 Prozent der gesamten deutschen Bahnlänge elektrisch befahren werden konnten.

In Baden wurden fertiggestellt die Bahnhöfe in Baldshut und in Willingen und die Verbesserungen im alten Personenbahnhof in Heidelberg. Planmäßig fortgesetzt wurde der Umbau des Bahnhofs in Freiburg i. Br., während im Personenbahnhof in Singen a. S. nur zwei Abstellgleise gebaut und eine Dienstwohnung in Benutzung genommen werden konnte. Die Erweiterung des badisch-schwarzwälder Grenzbahnhofs Wintertsdorf, die aus Reichsmitteln bestreiten wird, ist bis auf Restarbeiten durchgeführt. Im Bau sind an größeren Hochbauten die Erweiterung des Empfangsgebäudes in Mannheim. Versuchsweise eingeführt wurde das Lokartenverfahren für die Abrechnung des Güterverkehrs bei den Reichsbahndirektionen in Stuttgart, Karlsruhe (Baden) und Frankfurt a. M.

Sehr wichtig ist auch, daß kräftig an der Verstärkung und dem Umbau des Oberbaus auf der Strecke Bruchsal—Stuttgart—Ulm, die für den FD-Zugsverkehr hergerichtet werden soll, gearbeitet worden ist. Da die dazu bestellten, 80 Meter langen, schweren Gleise schon anfangs 1928 geliefert waren, mußten besondere Schweißkommandos aufgestellt werden, um die 80 Meter langen Gleise aus zwei Gleisen zu je 15 Metern herzustellen.

Aus den Parteien

Die Deutschnationale Volkspartei hat für die Landtagswahl 1929 im Wahlkreis 17 (Wiesloch—Stinsheim) als Spitzenkandidaten Hauptschriftleiter Dr. Wilh. Kattermann aus Eichelbach aufgestellt. An zweiter Stelle steht der frühere konservative Reichstagsabgeordnete, Landwirt Johannes Nupp aus Reifen, an dritter Stelle Fabrikant Kälberer aus Wiesloch.

Wie der „Volkfreund“ meldet, ist der frühere badische kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Kessler auf sein Ansuchen hin wieder in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen worden; Kessler hat an die „Volkstimme“ einen Brief geschrieben, in dem er die Gründe für diesen Schritt mitteilt.

Gemeinderundschau

Flugverbundung Mannheim—Saarbrücken—Paris. Die Mannheimer Stadtverwaltung und die Badisch-Pfälzische Luftfahrt-Gesellschaft bemühen sich um die Schaffung einer Flugverbundung über Saarbrücken nach Paris. Vom Reich, Land und Gemeinden wird weitgehende Unterstützung verlangt.

Bei der Städt. Sparkasse Schwetzingen betrug der Einlagenbestand zu Beginn 1928 rund 2,815 Millionen Reichsmark und stieg bis Ende 1928 auf rund 3,320 Millionen Reichsmark, also eine Steigerung um über 1,005 Millionen Reichsmark = 43,41 Prozent. Die Zahl der Konten erhöhte sich von 8419 auf 4610. Ende 1928 besaß fast jeder zweite Einwohner Schwetzingens ein Sparkassenbuch, während noch Ende 1925 erst auf jeden siebten bis achten Einwohner eines entfiel. 1928 wurden an Spareinlagen 2,284 Millionen Reichsmark einbezahlt und rund 1,280 Millionen Reichsmark zurückerhoben. Die mit 2 1/2 Prozent ausgewerteten Papiermarkspareinlagen betrugen Ende 1928 2,571 Millionen Reichsmark, so daß der Gesamteinlagenbestand am 31. Dezember 1928 rund 5,891 Millionen Reichsmark erreicht hat. Von dem gesamten Bestand der Kapitalanlagen waren Ende 1928 2,120 Millionen Reichsmark in Hypothekendarlehen ausgeliehen, das sind 63,85 Prozent des Spareinlagenbestandes (ohne Aufwertungsanlagen). Hieron entfallen auf Wohnungsbauten allein 755,018 Reichsmark. Ferner wurden der heimischen Wirtschaft erhebliche Gelder als kurzfristige Kredite zur Verfügung gestellt. Der Reingewinn für das Jahr 1928 beziffert sich auf 74 045 Reichsmark.

Bei den Erweiterungsbauten des Kaiserkrankenhaus ist die erste Ausbaustufe vollendet. Bei den Innerräumen sind in hygienischer und technischer Beziehung alle neuen Einrichtungen aufs beste verwirklicht. Der ganze Erweiterungsbau wird sich auf 900 000 Reichsmark stellen.

Der neue Kurdirektor in Baden-Baden. Der Kur-ausschuss Baden-Baden hat in seiner letzten Nachmittagssitzung Dr. von Scheven zum Kurdirektor gewählt. Der neue Kurdirektor steht im 40. Lebensjahre und wird sein Amt in aller nächster Zeit antreten.

Aus der Landeshauptstadt

Für die Tombola des Karlsruher Festfestes sind neben den kürzlich schon erwähnten Gegenständen noch eine ganze Reihe weiterer wertvoller Stiftungen eingegangen. Darunter befinden sich ein wunderschönes Abendkleid, das die Firma Hugo Landauer geschenkt hat, ein prächtiges Pelzschmuckstück der Großfürstin Wilhelmine Feodorowna, mehrere Schiffslaternen zu je einer Freifahrt von Bremen nach Helgoland und Nordsee, die der Norddeutsche Lloyd zur Verfügung stellte, eine Anzahl Freikarten für gute Plätze im Badischen Landes-theater, verschiedene wertvolle Gemälde namhafter Karlsruher Künstler, ein Mahagoni-Grammophon, zahlreiche Kunstgegenstände, Kristalle, elektrische Artikel usw., usw. So ist die Tombola, deren erster Gewinn bekanntlich eine vierstündige Opel-Limousine bildet, und für die noch eine große Anzahl wertvoller Gewinne käuflich erworben wurden, außerordentlich gut ausgestattet, so daß die Gewinnchancen sehr günstig genannt werden können. Die zweite Liste der Spender für diese Tombola bereicherte folgende Namen: Schuhhaus Erich, Erbprinzenstr. 31, Gustav Benzinger, Kaufh. Jean Eitelmann, Dorenstr. 10/12, Optische Anstalt Emil Müller, Dammstr. 8, Gefäßhaus Wöhlsehle, Kaiserstr. 173, Friedrich Wlos, S. 8, und Galanteriewaren, Kaiserstr. 104, Badisches Landes-theater, Badische Presse, Karlsruher Tagblatt, Badischer Beobachter, Karlsruher Zeitung und Maschinenfabrik Weitzer, Löffel & Sohn, Karlsruhe-Wülzburg. Lose für diese Tombola werden nur am Festabend und ausschließlich in den Festräumen selbst abgegeben. Eintrittskarten zum Festfest zum Preise von 10 M sind vorläufig noch in den Geschäftsstellen folgender Karlsruher Tageszeitungen zu haben: Badische Presse, Karlsruher Tagblatt, Badischer Beobachter, Volksfreund, Residenz-Anzeiger und Karlsruher Zeitung.

Ein Schwarzbrennerprozess. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe stand am Mittwoch in Vernehmung der Eheleute Karl Guth von Staufenberg, der frühere Zollassistent Hoge, sowie Gustav Kunzmann von Staufenberg wegen Schwarzbrennerie in größerem Umfange in den Jahren 1924 und 1925. Rath erhielt 50 000 Reichsmark Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit 6 Monate Gefängnis, Einziehung der Brennergeräte, und wurde wegen Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Ehefrau erhielt 10 000 Reichsmark Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit 1 Monat Gefängnis; Hoge wegen passiver Bestechung 6 Monate Gefängnis und Kunzmann wegen Beihilfe 300 Reichsmark Geldstrafe.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 27. Januar, wird die im März vorigen Jahres uraufgeführte Lustspieloper „Schneider Fips“ von Alfred Lorenz aufgeführt werden. Die Aufführung führte — der Regentin des „Fränkischen Kuriers“ nach — zu „einem ungewöhnlichen Erfolg“ des hiesigen Kompositen. Auch die anderen führenden Zeitungen begrüßten dies Werk als „eine erfreuliche Bereicherung des Kapitels der komischen Oper“. Die Proben sind in vollstem Gange, Alfred Lorenz wird seine Oper selbst dirigieren. Die Regie führt Otto Krauß. Die Aufführung einer eigens für diesen Abend geschriebenen „Tanzsuite“ von Lorenz stellt sich dem Einakter würdig zur Seite. Die Inszenierung der Tänze und Tanzleitung hat Balletmeister Fürtmann.

VI. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Für das bevorstehende sechste Sinfoniekonzert (Montag, den 28. Januar) ist in der Saaldirektion Felix von Weingartner ein besonders bemerkenswertes Ereignis vorgesehen. Aber nicht nur wird es interessieren, dem Träger dieses langwollen Dirigentenamens bei seiner feinen durchdachten Auslegung klassischer Musik (Beethovens A-Moll) wieder einmal zu begegnen, man wird nicht minder gespannt sein, bei dieser Gelegenheit eine seiner letzten eigenen Orchesterkompositionen zu hören. Nachdem Weingartner hier mehrfach schon als Opernkompontist hervorgetreten ist und im vorigen Jahr noch mit einem Sinfoniekonzert zu Wort kam, gelangt jetzt seine fünfte Sinfonie in C-Moll (op. 71) zur Aufführung. Als Solist des Abends ist weiterhin Hans Besserman verpflichtet, er wird den Solopart in Mozarts G-Dur-Violinkonzert, das die Mitte der Vortragsfolge füllt, spielen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Juktrom polarer Luft aus Norden hat den Teil hohen Druckes, der von Grönland über Island bis England reichte, noch weiter nach Süden vorgedrungen und das über Frankreich gelegene Tief nach Südosten abgedrängt. Hierbei ist die Frostgrenze von Mitteldeutschland wieder an den Rhein gerückt, so daß die Nachttemperaturen bei uns auch in der Ebene wieder den Gefrierpunkt erreichten und die Niederschläge in Schnee übergingen. Die gegenwärtige Druckverteilung mit hohem Druck über Westeuropa läßt weiteren Temperaturrückgang erwarten. Wetterausblick: Wolfig, weitere Schneefälle, in der Ebene anhaltend leichter, im Gebirge mäßiger Frost bei Luftzufuhr aus Nordosten.

Bei Peshawar (Indien) geriet eine Schwadron indischer Kavallerie auf ein Gebiet, das für Abungen von Bombenflüssen abgeperrt war. Eine Bombe tötete zwei indische Offiziere und 12 Mann. Ein Offizier und 14 Mann wurden verwundet.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 23. Jan. Am Montag konnte eine der markantesten Persönlichkeiten der badischen Kriminalpolizei, Kriminaloberinspektor Waldbogel, seinen 60. Geburtstag feiern. Der Jubilar hat von der Piste aufgedient und sich zum Leiter der größten Kriminalpolizei in Baden emporgearbeitet.

Hd. Unterschöpfung Tauberbischofsheim, 23. Jan. Am Dienstag früh brannte die sog. „Lauermaße“, ein altes, aus starkem Eichenholz gebautes Anwesen, aus unbekannter Ursache bis auf den Grund nieder. Der Besitzer, sein Sohn und dessen Frau konnten gerade noch, fast unbeschadet, gerettet werden. Der Knecht zog sich beim Verlassen des brennenden Hauses schwere Brandwunden zu.

D. J. Baden-Baden, 23. Jan. Von jetzt ab wird ein regelmäßiger Kraftpostverkehr Baden-Baden—Döbel durchgeführt.

Hd. Bühl, 23. Jan. Direktor Besag verschied am Mittwoch im Krankenhaus. Er arbeitete über 40 Jahre lang in der hiesigen Firma Wolf, Ketter & Jacobi. Im öffentlichen Leben betätigte der Verstorbene viele Ehrenämter. So gehörte er viele Jahre hindurch dem Bürgerausschuss an.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	24. Jan.		23. Jan.	
	Geht	Brief	Geht	Brief
Amsterdam 100 G.	168.45	168.70	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	112.11	112.33	112.10	112.32
Italien 100 L.	21.995	22.035	21.99	22.03
London 1 Pf.	20.382	20.432	20.378	20.418
New York 1 D.	4.2035	4.2115	4.2030	4.2110
Paris 100 Fr.	16.43	16.47	16.42	16.46
Schweiz 100 Fr.	80.845	81.005	80.82	80.98
Wien 100 Schilling	59.04	59.16	59.045	59.165
Brag 100 Kr.	12.435	12.455	12.434	12.454

Drohender Konkurs der Baugenossenschaft Mietervereinig Mannheim. Am 25. Januar kauft die Frist ab, innerhalb welcher die Zustimmung der Gläubiger zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Baugenossenschaft Mietervereinig Mannheim e. G. m. b. H. eingereicht sein müssen. Die Ansichten unter der Gläubigerschaft über die Art des Vergleichsverfahrens gehen sehr weit auseinander. Die Baubankwerker wollen aber schon vor der Eröffnung des Vergleichsverfahrens, daß eine Einigung über den Vergleich selbst vorausgeht. Bleiben diese auf ihrem Standpunkt bestehen, dann ist der Konkurs unvermeidlich.

Die Ostpreußen und Auktion im Lutterfall des Westens in Berlin. Am 29./30. Januar d. J. findet im Lutterfall des Westens in Berlin — wie alljährlich während der Landwirtschaftlichen Woche — die Schau und Auktion ausgewählter edler ostpreussischer Pferde statt, die voraussichtlich mit 37 4-jährigen Wallachen und 18 4-jährigen Stuten besetzt sein wird. Diese verteilen sich auf folgende Farben: a) Wallache: 21 Fuchse, 7 Schimmel, 5 Schwarz- bzw. Dunkelbraune, 3 Braune, 1 Rappe; b) Stuten: 9 Schimmel, 5 Braune, 2 Fuchse, 1 Dunkelbraune, 1 Rapputute. Es werden sich darunter Pferde, die bereits Leistungen aufzuweisen haben — darunter „Dogler“, der Sieger der Badwälder Steeplechase 1928 — sowie sehr viel versprechender junger Nachwuchs, herrliche elegante Wilder, die Auge und Herz eines jeden Liebhabers entzünden werden. Es sind nur Pferde mit viel Aktion und den berühmten leichten federnden Bewegungen, welche den Ostpreußen seit alters her zum Reitpferd hervorragend prädestinieren und zum Überwinden der schwierigsten Hindernisse im Gelände geeignet machen, ausgewählt. Das Verzeichnis der Pferde ist bei Willy Sanke — Berlin, Schönhauser Allee 185 — erhältlich. Die Zeiteinteilung ist folgende: Dienstag, den 29. Januar, 9 1/2 Uhr Prämierung, im Anschluß Vorführung der Pferde. Mittwoch, den 30. Januar, 10 Uhr: Auktion.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Ampfarrung der Gemeinde Sulzbach (Amt Ettlingen) von Ettlingenweiler nach Malsch.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach Einholung der staatlichen Genehmigung durch Entschliessung vom 12. Dezember 1928 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 26 vom 17. Dezember 1928) die Katholiken, die auf der Gemeinde Sulzbach (Amt Ettlingen) wohnen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 vom Pfarrverband und der Katholischen Kirchengemeinde Ettlingenweiler losgetrennt und mit der Pfarrei und Katholischen Kirchengemeinde Malsch (Amt Ettlingen) vereinigt.

Karlsruhe, den 19. Januar 1929.

Der Minister des Kultus und Unterrichts
J. A. Dr. Armbruster.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeisekretär Johann Öttinger in Baden zum Polizeikommissar; Kriminalsekretär Ludwig Rumpf in Pforzheim zum Kriminalkommissar; zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Philipp Konstantin in Appenweiler, Amt Offenburg; Polizeiwachmeister Georg Winkler zum Polizeihauptwachmeister in Karlsruhe; Polizeiwachmeister Wilhelm Eiber zum Polizeihauptwachmeister in Karlsruhe.

Berufen:

Verwaltungsinspektor Otto Dug beim Bezirksamt Freiburg zum Oberverwaltungsamt daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit: Regierungsrat Hermann Klenker beim Ministerium des Innern.

Entlassen:

Verwaltungsinspektor Karl Böcker, zuletzt beim Landesamt für Arbeitsvermittlung, auf Ansuchen.

Verstorben:

Kriminalsekretär Anton Stehlin in Mannheim.

Badisches Landestheater
Spielplan vom 26. Januar bis 5. Februar 1929

Im Landestheater:
Samstag, 26. Januar. * B 14. Th.-Gem. 901-950. König Lear. Von Shakespeare. 19¼ bis 22¼ (5 M).
Sonntag, 27. Januar. Nachmittags: 8. Vorstellung der Sondernote für Auswärtige: Die Africanerin. Oper von Meyerbeer. 15 bis 18 (4 M).
Abends: * G 15. Zum erstenmal: Schneider Fips. Spieloper von Lorenz. Hierauf: Uraufführung: Tanzsuite von Lorenz. 19¼ bis gegen 22 (8 M).
Montag, 28. Januar. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte) und 751 bis 800. 6. Sinfonie-Konzert. Dirigent: Felix Weingartner. Solist: Hans Wassermann (Violine). 20 bis g. 22 (5 M).
Dienstag, 29. Januar. Außer Miete: Einmaliges Gastspiel Paul Wegener mit seinem Ensemble: Die Raschhoffs. Komödie von Sudermann. 20 bis geg. 22¼ (5 M).

Mittwoch, 30. Januar. 8. Vorstellung der Schülermiete: Der Barbier von Bagdad. Oper von Cornelius. Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 18¼ bis geg. 20¼ (7 M).
Donnerstag, 31. Januar. * D 16 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 801-900. Schneider Fips. Spieloper von Lorenz. Hierauf: Tanzsuite von Lorenz. 20 bis geg. 22¼ (7 M).
Freitag, 1. Februar. * F 16 (Freitagmiete). Th.-Gem. 701 bis 800. Figaros Hochzeit. Von Mozart. 19¼ bis geg. 22¼ (7 M).
Samstag, 2. Februar. * E 15 Th.-Gem. 1. S.-Gr. Zum ersten Male: Katharina Knie. Von Judmayer. 20 bis geg. 22¼ (5 M).
Sonntag, 3. Februar. Nachmittags: 9. Vorstellung der Sondernote für Auswärtige: Boccaccio. Von Suppé. 15 bis 18 (4 M).
Abends: * B 15. Th.-Gem. 1301-1400. Der fliegende Holländer. Von Wagner. 19¼ bis nach 22 (8 M).

Montag, 4. Februar. * C 16. Th.-Gem. 1001-1050 und 3. S.-Gr. (1. Hälfte). Katharina Knie. Von Judmayer. 20 bis geg. 22¼.
Dienstag, 5. Februar. * A 16. Th.-Gem. 1201-1300. Schneider Fips. Spieloper von Lorenz. Hierauf: Tanzsuite. Von Lorenz. 20 bis geg. 22¼ (7 M).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 27. Januar. * Furra — ein Junge. Schwank von Arnold und Bach. 19¼ bis 22 (4,10 M).
Sonntag, 3. Februar. * Furra — ein Junge. Schwank von Arnold und Bach. 19¼ bis 22 (4,10 M).
Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Friedrich Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Tel. 508.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus
Freitag, 25., bis Donnerstag, 31. Januar, jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag nur 16 Uhr

„Berg des Schicksals“
Ein Filmspiel aus der Natur von Arnold Janck mit den Bergsteigern Hannes Schneider und Louis Trenker 288

MUSIKBEGLEITUNG
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller, Kaiserstr.

Ostpreußen-Schau-Auktion
im Tattersall des Westens Berlin
27., 28., 29. Januar, 11 Uhr.
Auktion:
Mittwoch, 30. Januar, 10 Uhr. 274

Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen

Auflösungsversteigerung. (Glascherholz), 20 fm Fichten-, 116 fm Eichen-, 105 fm Buchen-, 12 fm sonstiges Laubstammholz (Bl., Eib., Ebu., Li.). (Forstwärter Wolf in Wilferdingen). Maßlisten durch das Forstamt. D.433
Badisches Forstamt Langensteinbach, Mittwoch, 30. Jan., 9 Uhr, Gasthaus zum Remlinger Hof (Bahnhofswirtschaft) in Wilferdingen: aus Distrikt Buchwald 274 im Forstamt darunter schönes

QUALITÄTS-EMAILLE

ZU BILLIGEN PREISEN!

Fleischtöpfe	Unsere Qualität U braun	
14 16 18 20 22 24 26 cm		
1,15 1,45 1,65 2,00 2,40 2,80 3,35		
Milchtöpfe		
mit Ausguß	10 12 14 16 cm	
0,90 1,15 1,50 1,75		
Stielkasserolle	12 14 16 18 cm	
0,80 0,98 1,20 1,45		
Nudelpfannen	14 16 18 20 cm	
0,90 1,10 1,30 1,45		
Suppentöpfe	hohe Form	
18 20 22 24 26 cm		
1,95 2,45 2,85 3,35 3,90		
Omelettepfannen	16 18 20 22 cm	
0,85 0,98 1,15 1,35		
Gastöpfe	mit Einlogendeckel	
18 20 22 24 cm		
2,50 2,85 3,35 3,80		
Wasserschöpfer	grau 65 cm	35
Kehrschaufel	grau . . . 65 cm	48
Spülwanne	grau . . .	1,25 95
Salatseier	24 cm, grau . . .	1,15
Omelette-Pfannen	22 cm, grau	65
Milchträger	2 Ltr., grau . . .	98
Bundformen	grau . . . 1,95 1,25	1,60
Salz-od. Mehlmetzen	weiß	1,10
S. S. S. Garnitur	weiß . . . 2,20	1,85
Schöpflöffel	weiß . . . 48 cm	45
Wasser-Eimer	28 cm, grau . . .	95
Fenster-Eimer	grau . . . 68 cm	65
Toilette-Eimer	mit Deckel weiß . . . 3,25	2,30
Löffelblech	weiß	2,45

KNOPF

Lebensbedürfnisverein

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Hochf. Fildersauerkraut Pfund RM. -22	feinste kleine Linsen Pfund RM. -40
Delikateß-Rauchfleisch „ 1,80	gelbe Riesenerbsen „ -56
Schinkenspeck „ 2,32	gelbe gespaltene Erbsen „ -40
Frühstücksspeck „ 2,00	weiße ungar. Perlbohnen „ -54
GEG Delikateß-Würstchen Paar RM. -28	schönste Grünkern, ganz „ -56
Dose mit 5 Paar Würstchen 1,40	Grünkernschrot „ -56
schönste große russische Linsen Pfund RM. -64	

Großes Lager in **Wurstwaren aller Art sowie in Käse:**
Emmenthaler mit und ohne Rinde Dessertkäse, Bodenseeperle, Edamerkäse 30%
fst. Stangenkäse, Kräuterkäse in Stötzchen, fst. Romadourkäse in Stücken
Abgabe nur an Mitglieder

Öffentl. Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach.
Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	Rh.	Verbindlichkeiten.	Rh.
1. Kassenbestand	8 518,40	1. Spareinlagen	604 386,70
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	26 225,84	2. Giro- und Konto-Korrent-Einlagen	138 954,22
3. Wertpapiere	—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	10 247,70	4. Anleihen- und andere Schulden	7 382,25
5. Darlehen auf Hypotheken	524 054,70	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	202 727,41	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	20 381,10	a) gefälliger Reservefond	59 467,27
8. Darlehen an Gemeinden	119 130,80	b) Sonderrücklage	41 064,97
9. Einnehmerückstände	972,65	c) Aufwertungsstud.	71 406,17
10. Grundstücke u. Gebäude	7 000,—	7. Reingewinn vom Jahre 1927	70 707,05
11. Gerätschaften	3 402,98		
	922 661,58		922 661,58

Berechnung der Rücklage.
Die gefällige Rücklage hat zu betragen 8% aus 743 340,92 Rh Einlagen = 59 467,27 Rh
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 100 532,24 „
somit mehr 41 064,97 Rh

Breisach, den 21. Januar 1929. O.427
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Meyer. Der Geschäftsführer: Hilberer.

Stadjugendamt Baden-Baden.
Die Stelle der **Leiterin des Städt. Schülerhorts** ist auf 1. April d. J. neu zu besetzen. Fachliche Ausbildung Bedingung. Erwünscht ist der Nachweis praktischer Betätigung als Leiterin eines größeren Kindererholungsunternehmens. Befolgung erfolgt nach Gr. VI des Angestelltenvertrags. 3.285
Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und lüdenlosen Zeugnisabschriften sind bis spätestens 23. Febr. 1929 an das Stadjugendamt Baden-Baden einzureichen.
Feststellung der Straßen- und Bauarbeiten am Ettlinger Tor und auf dem Gelände des alten Personenbahnhofes.
In der Bezirksratsentscheidung vom 30. November 1926 wurden gemäß §§ 5, 3 des Ortsstrafengegesetzes die Straßen- und Bauarbeiten am Ettlinger Tor und auf dem Gelände des alten Personenbahnhofes nach dem Antrage des Stadtrates Karlsruhe und nach dem ihm angebotenen Pläne für festgestellt erklärt. O.434
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der 14 Tage lang vom Tag der Bekanntmachung an in dem Bezirksamt — Zimmer 55 — einzusehen ist.
Karlsruhe, den 16. Januar 1929. O.-B. 6. Bad. Bezirksamt II.

Badisches Landestheater
Freitag, 25. Januar * F 15 (Freitagmiete) Th.-Gem. 951-1000
Boccaccio
Komische Oper von Suppé
Dirigent: Stern
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Blank, Fischbach, Seiberlich, Magda Sivad, Ziegler, Borodin, Laufötter, Löser, Wentwig, Derner, Felsigisch, Hofpach, Gröbinger
Anfang 19¼ Ende 22¼
Preise C (1-7 M)

Im Konzerthaus:
Furra — ein Junge, Mo., 28. Jan., 6. Sinfonie-Konzert.
Die, 29. Jan., einmaliges Gastspiel Paul Wegener mit seinem Ensemble: Die Raschhoffs

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
Peter Prang
in
Es lebe der Reservemann!

Öffentliche Sparkasse Zentern.
Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen:	Rh.	Schulden:	Rh.
Darlehen auf Hypothek	102 141,85	Spareinlagen	140 400,07
Schuldschein	62 107,41	Aufwertungseinlage	—
Reichs- und Landesbankwechsel	4 834,14	Verpflichtungen	142 659,71
Guthaben bei Banken	4 000,—	Anleihenkapitalien	4 232,44
Einnahmerückstände	4 325,13		
Sonstige Forderungen	318,—		
Kassenvorrat	4 859,42		
Geräte	345,74		
Saldo	104 360,53		
	287 292,22		287 292,22

Zentern, den 21. Januar 1929. O.429
Öffentliche Sparkasse Zentern.
Der Verwaltungsrat:
Gafenfuß, Bürgermeister. Sneller, Rechner.